Montag, 16 März 1925 - 73. Jahrgang Nr. 127

Berliner Volks-Zeitung

Abend-Ausgabe
Einzel-Nummer 10 Pfennig

Chefredakteur: Otto Nuschke, Berlin-Steglitz.

Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin.

Letzte Kleinhandelspreise der Berliner Zentralmarkthalle
Zufuhr in Flussfischen schwach, in Seefischen normal, Preise durchweg gestiegen

Eisbeinbrot	0,50	Wasser	obm 0,1
Milch	0,32	Reichsindex	135,1
Briketts Keller Ztr	1,50	Strassenbahn	0,15
Gaskoks Keller Ztr	2,25	Hochbahn II 0,25	III 0,15
Stromo Grundgeb	0,16	Stadtbahn II 0,25	III 0,15
Gas	obm 0,16	Omnib Teil 0,15	e Str 0,2

Kabeljau 0,35—0,70, Seelachs 0,30 bis 0,50, Schellfisch 0,50—1,40, Rotbars 0,50—0,60, Flundern 0,60, Dorsch 0,35, grüne Heringe 0,25—0,40; in Eis: Schleie 1,80—2,30, Butter 2,00—2,40, Margarine 0,65—1,00, Hechte 1,00—1,50, Zander 0,90—2,00, Bleie 0,40—0,80, Lachs getroren 1,80 bis 4,00; lebend: Aale 2,40—4,00, Karpfen 1,50—2,00, Hechte 1,20—1,80, Eier Stück 0,10—0,20

Tel 0,15, ausw n Zon u Zeit Telegr d Wort Berlin 0,05 Rohrpostk 0,25, -brief 0,40 Dtschl., Belg., Dän., Danz., Lit., Postk 0,06 F u Oest 0,05 Nörl., Schweiz 0,10, Frankr 0,16 Ausl 0,15, Tschech. u Ung 0,10 Dtschösterr., Korw., Tschech. IV Brief 0,05, Fern- u Oest 0,10 Ital 19, Ungarn 21, Grossbrit. 27 Ausl 0,25, Tschech u Ung 0,20 Russl 35-41, Ver Staat 125-200

Die heutigen Pariser Besprechungen

Herriot konferiert mit Chamberlain und Benesch – Die Themen der Unterhaltung

Paris, 16. März. (W. T. B.)

Briand, der Führer der französischen Delegation in Genf, ist gestern abend nach Paris zurückgekehrt. Im gleichen Zuge befanden sich der Außenminister der Tschechoslowakei Benesch sowie die Mitglieder der japanischen Delegation. Außen Chamberlain wird im Laufe des heutigen Vormittags in Paris eintreffen.

Herriot wird heute nachmittag um 3 Uhr mit Chamberlain und um 5½ Uhr mit Benesch eine Besprechung haben. Der belgische Außenminister Hymans wird, ohne Paris zu berühren, von Genf nach Brüssel zurückkehren. Seine angekündigte Besprechung mit Herriot ist also abgesagt worden.

*

Der „Petit Parisien" gibt einen Ueberblick über die Fragen, die heute in der Zusammenkunft zwischen Herriot und Chamberlain besprochen werden sollen. Das Blatt erklärt, daß die Lage durch die Genfer Beratung zwar klarer geworden sei, aber doch nicht an Uebersichtlichkeit gewonnen habe. Zunächst habe man sich über das Schicksal des Genfer Protokolls zu unterhalten. Man wisse, das Frankreich am Genfer Protokoll festhalte, während England im Einverständnis mit seinen Dominions dagegen sei. Der Hauptpunkt, um den sich die heutigen Besprechungen drehen werden, sei der, ob der Völkerbund am September über „das Protokoll" beraten werde, oder über „ein Protokoll". Dann werde man die Zulassung Deutschlands besprechen. In dieser Hinsicht seien England und Frankreich einer Meinung.

Das interessanteste Problem, das in der Besprechung zwischen Herriot und Chamberlain zur Sprache kommen würde, sei das Problem der Spezialverteidigungsverträge, wie Frankreich bereits solche mit Polen und der Tschechoslowakei abgeschlossen habe. Es handele sich hier darum, einen Ersatz für das Protokoll zu finden und weiter darum, **ob in dem von Deutschland vorgeschlagenen Garantiepakt nur die Hauptmächte unter Einschluß von Deutschland oder auch die Tschechoslowakei und Polen aufgenommen werden sollten.** Zu diesem Punkte scheine wohl jetzt festzustehen, daß Frankreich im Gegensatz zu England für den Eintritt Polens und Tschechoslowakei sei. Außerdem scheine England den deutschen Wünschen auf Anwendung des Artikel, 19 des Völkerbundspaktes entgegenkommen zu wollen, allerdings unter der Vorbedingung, daß die Neuregelung der deutsch-polnischen Grenze im Einverständnis mit Polen erfolge. Frankreich lehne etwas Derartiges durchaus ab, da es der Ansicht sei, daß Deutschland für einen Eintritt in den Völkerbund den Status quo anerkennen müsse. Ueber diese Frage hauptsächlich würde sich Herriot auch mit dem tschechoslowakischen Außenminister Benesch und dem polnischen Außenminister Strezynski unterhalten. Schließlich würden Herriot und Chamberlain noch die Frage der Kölner Zone und die Abrüstung Deutschlands besprechen.

Polens Grenze – ein „todbringendes Geschenk"

Der „Observer" über die Notwendigkeit einer Korrektur

London, 16. März. (W. T. B.)

„Observer" führt im Leitartikel aus, jeder Rückblick auf die Geschichte der neueren Zeit bilde eine Warnung für die Nutznießer des Versailler Vertrages sich vor dem Glauben zu hüten, daß Gewalt das geeignete Mittel sei, ihn aufrechtzuerhalten. Alles was im Vertrag gut und richtig sei, werde durch seine Fehler und Ungerechtigkeiten gefährdet. Die Beseitigung der letzteren sei wesentlich für die Konsolidierung von Osteuropa. **Der Rat, den man als Freund Polens diesem Lande erteilen müsse, daß es ein todbringendes Geschenk erhalten habe in Gestalt von Grenzlinien, die geeignet seien, gerade im Augenblick der Wiedergeburt Polens die gemeinsame verhängnisvolle Gegnerschaft Deutschlands und Rußlands wieder zu beleben.** Kein Freund könne Polen einen besseren Rat geben, als den, der Deutschland nach 1871 wiederholt erteilt worden sei, nämlich zu erwägen, ob die territoriale Regelung wirklich klug sei.

Der diplomatische Berichterstatter des „Observer" schreibt zu der Zusammenkunft zwischen Chamberlain und Herriot, die entscheidende Frage sei, ob Frankreich zustimmen werde, daß ein Unterschied zwischen den westlichen und östlichen Grenzen Deutschlands gemacht werde. Ein Argument zugunsten dieses Verfahrens, das Chamberlain morgen vermutlich vorbringen werde, falls er eine günstige Atmosphäre finde werde sein, **daß Polen auf die Dauer einen vorteilhaften Handel machen würde, wenn es Deutschland den Korridor und den jetzt den Polen zugewiesenen Teil Oberschlesiens zurückgeben würde. Unter den jetzigen Verhältnissen lege Polen auf einem Vulkan.** Wenn Polen den Preis zahle, der allein einen Sicherheitspakt ermöglichen werde, werde es selbst Sicherheit haben, und zweifellos eingeladen werden, sich mit Frankreich, Deutschland, Großbritannien, Belgien, Italien und der Tschechoslowakei an dem Pakt zu beteiligen. Dies seien offenbar die Richtlinien, die für Chamberlains Politik maßgebend sein würden.

Schnelldienst

Die Vertretungen der ostpreußischen Bevölkerung erlassen energische Protestkundgebungen gegen die unerhörten polnischen Ansprüche auf das rein deutsche Ostpreußen.

Zum oldenburgischen Ministerpräsidenten ist das Mitglied der Zentrums-Reichstagsfraktion Wegmann ausersehen. Ihm wird der demokratische frühere Ministerpräsident Tantzen sowie als Fachminister Ministerialrat Dr. Willers zur Seite stehen.

Gestern wurde um 11 Uhr vormittags ohne besondere Feierlichkeit die Breslauer Messe eröffnet.

Lord Balfour ist nach Jerusalem abgereist, wo er die neue jüdische Universität eröffnen wird.

Der englische Botschafter ist gestern zur Ueberreichung seines Beglaubigungsschreibens in Angora eingetroffen.

Präsident Coolidge hat den amerikanischen Gesandten in Uruguay, Hoffman Philip, zum Gesandten in Persien ernannt.

Zum zweiten Bürgermeister der Stadt Kiel wurde der Sozialdemokrat Heimerich gewählt.

MacDonald verteidigte gestern in einer Rede in Fulham energisch das Genfer Protokoll und griff die Haltung der britischen Regierung in dieser Frage an.

Zwischen Deutschland und Finnland ist am Sonnabend ein Schiedsgerichtsvertrag abgeschlossen worden.

Im Jubaland (Britisch-Somaliland) kam es zwischen eingeborenen Stämmen zu einem Kampf, wobei es 60 Tote gab.

Der Geheime Medizinalrat Dr. August Wassermann, der Entdecker des sogenannten Wassermannschen Reaktionsverfahrens zur Erkennung der Syphilis, ist im Alter von 59 Jahren gestorben.

Der polnische Militarismus

demonstriert und droht

Warschau, 15. März. (W. T. B.)

Die angebliche Gefahr einer deutsch-polnischen Grenzberichtigung zu ungunsten Polens veranlaßte den Warschauer Magistrat, dem sich dann alle zahlreich hier vorhandenen nationalen Verbände anschlossen, für heute mittag eine große Kundgebung für die Unversehrtheit des polnischen Staates in seiner heutigen Ausdehnung einzuberufen. Der Bürgermeister hielt eine Ansprache. Nach Absingung des deutschfeindlichen Nationalliedes, der sogenannten „Rota", bildete sich ein Demonstrationszug, der sich aber zum größten Teil schon vor dem Ministerratspräsidium auflöste. Die Absicht eines stärkeren Trupps von Demonstranten, vor der englischen Gesandtschaft eine feindliche Kundgebung zu veranstalten, wurde von der zum Schutz dieser Gesandtschaft zahlreich aufgebotenen Polizei vereitelt. Auch die vom Schouplatz der nationalen Kundgebung ziemlich weit entfernte Straße, in der sich die deutsche Gesandtschaft befindet, war durch ein stärkeres Polizeiaufgebot gesichert. Da aber hier alles vollkommen ruhig verlief und keine Demonstrationstrupps sich auch nur in der Nähe zeigten, hatte diese Abteilung keinen Grund einzugreifen. Ebenso fanden in Kattowitz, Rybnik und Tarnowitz große deutschfeindliche Kundgebungen gegen eine Aenderung der Westgrenzen Polens statt. Die Eisenbahndirektion hatte Extrazüge eingelegt! Es wurden aufreizende Reden gehalten, in denen verlangt wurde, die Deutschen, wenn nötig, mit Gewalt aus Polen zu entfernen. In einem Demonstrationszug wurde ein Wagen mitgeführt, an dem eine lebensgroße Puppe in deutscher Uniform aufgeknüpft war. Nach Schluß der Reden ging die mehrtausendköpfige Menge unter Schmähruufen auf die Deutschen und auf Englands Verhalten im Völkerbundsrat auseinander. Zu Tätlichkeiten ist es nicht gekommen.

*

Es ist nicht weiter verwunderlich, wenn in einem Land, das 40 Prozent seines Budgets für Heeresausgaben verwendet und damit relativ von allen Ländern die größten Ausgaben für militärische Zwecke hat, von Zeit zu Zeit ein solcher Rummel veranstaltet werden muß, um der Bevölkerung eine Berechtigung dieses Rüstungswahnsinns vorzutäuschen. Die aggressive Tendenz der Polen, die in den letzten Wochen sich dauernd steigerte, hat in diesen Tagen schon lebhafte Proteste aus Ostpreußen an die preußische und Reichsregierung zur Folge gehabt. Der Völkerbund wird, ohne daß wir ihm besondere Deutschfreundlichkeit anfinnen möchten, durch solche kommandierte Demonstrationen, wie sie gestern in Polen stattgefunden haben, sich in seiner Politik nicht beirren lassen. Und Deutschland wird ebenso wenig auf Grund von polnischem Straßenradau aufhören, der Welt zu sagen, daß die Regelung der Ostgrenzen, wie sie im Versailler Friedensvertrag festgelegt ist, daß vor allem der wirtschaftliche wie politische Widersinn des polnischen Korridors, von Deutschland nie als endgültige Lösung hingenommen werden kann. Die Korrektur dieser Fehlbestimmung wird eine Hauptsorge der deutschen Delegierten im Völkerbund bilden, sobald Deutschland dem Völkerbund angehört.

Heilpach über Großdeutschland

Reichsbannertag in Karlsruhe

Karlsruhe, 16. März.

Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold veranstaltete in Karlsruhe einen großen südwestdeutschen Republikanertag, an dem auch der Kandidat für die Reichspräsidentschaft Dr Heilpach teilnahm. Auf dem Kriegerfriedhof fand eine Gedenkfeier für die im Kriege Gefallenen statt, bei der Pfarrer Kappes die Gedenkrede hielt. Die Festhalle war unter anderem mit dem alten Banner des Hambacher Festes und den Schwenninger und Rastatter Fahnen des Jahres 1848 geschmückt.

Durch minutenlangen Beifall begrüßt, betrat Staatspräsident Dr. Heilpach die Rednertribüne. Er wies in seiner wirkungsvollen Rede auf die Bedeutung der Farben Schwarz-Rot-Gold hin, die ein Symbol der Gegenwart und der Zukunft seien. Für welche Zukunft? fragte er. Für die Zukunft eines Staates, der auf der freien Selbstbestimmung des Volkes ruht und in der republikanischen Verfassung seinen Gipfel findet. Das Organ des „Jungdeutschen Ordens" empfiehlt uns General Seeckt als einen Hort der Republik; auch diese Kreise rechnen also jetzt mit der Republik als einer Tatsache was an sich erfreulich ist. Aber lassen wir uns dadurch nicht in Sicherheit und Passivität wiegen. Jetzt beginnt ein neuer Abschnitt unserer Geschichte, den das Schicksal auch äußerlich durch den Tod des ersten Reichspräsidenten deutlich werden ließ. Es gibt Republiken sehr verschiedenen Inhalts und verschiedener Wesensart und **es geht jetzt darum, ob die Republik nur eine äußerliche Hülle sein soll,** die als Kern doch wieder den alten Obrigkeits-, Privilegierten- und Kastenstaat in sich schließt, **oder ob die Republik wirklich der echte Ausdruck des in Demokratie sich selbst bestimmenden Volkstums sein soll.** Zu einer Republik des deutschen Volkes bekennt sich, wie ich glaube, das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold ohne Unterschied der Partei. (Lebhafte Zustimmung.) Parteien sind politische Lebensformen aber nicht die einzigen; neben ihnen und über ihnen muß es noch andere geben, die über die Parteien hinausführen.

Schwarzrotgold ist ein Sinnbild Groß-Deutschlands. Wenn der großdeutsche Gedanke in Ihren Reihen verblaßte, dann wären Sie nicht wert, diese Farben zu führen.

Aber Groß-Deutschland bedeutet nicht nur die Zusammenfassung aller Deutschen der geographischen Ausdehnung nach. Es muß die Zusammenfassung alles Deutschen auch der Tiefe, der sozialen Schichtung nach gelingen.

Das ist das doppelte Ziel, das dem Reichsbanner vor Augen stehen muß, nicht nur an Feiertagen, sondern als werktägliche Mahnung und unermüdliches Wirken auf dieses Ziel. In solchem Geiste begrüße ich das Reichsbanner als eine starke volkstümliche Kraft am Aufbau des kommenden deutschen Reiches deutscher Nation.

Nach ihm sprach General Deimling über die organisatorische Bedeutung des Reichsbanners für den republikanischen Gedanken. Der badische Staatsminister Dr. Köhler (Zentrum) sieht in der Organisation des Reichsbanners die erste große Welle eines freiwilligen vaterländischen Dienstes. Oberpräsident Hörsing sprach als letzter über die Vertiefung des republikanischen Gedankens wie ihm das Reichsbanner erstrebe.

Der Kandidat Wulles und Knüppel-Kunzes

Für Herrn Jarres hat sich eine Gemeinschaft von Interessenten zusammengefunden, die an Buntheit nicht gut überboten werden kann. Alles, was rückschrittlich oder irgendwie vertrottelt ist, sieht in ihm den gegebenen Vertreter ausgerechnet für den Posten des Reichsoberhauptes. Zuerst verlautete, daß die Völkischen einen eigenen Kandidaten aufstellen wollten. Nachdem aber die Herren v. Borsig und Vögler und andere Prominente der Schwerindustrie ihren Namen für Herrn Jarres gegeben haben, wagt es die völkische Parteivertretung ebensowenig wie der Wicking-Bund, der Werwolf und andere Stipendiaten der Schwerindustrie, dagegen aufzumucken. Wulle und Knüppel-Kunze lassen durch ihre Organe erklären, daß Herr Jarres der Mann ihres Vertrauens sei. Eigentlich ist das ganz in der Ordnung. Alles was vom Ruhrgeld zehrt gehört in den Jarres-Block. Ob das Skribenten der Hugenbergpresse sind oder völkische Geheimverbände oder Antisemitenhäuptlinge ist gleichgültig. Der Mann wollte zwar das Rheinland preisgeben und hat sich so ungefähr als der kurzsichtige Politiker in Deutschland erwiesen; da aber die Schwerindustrie für ihn ist, kann niemand wider ihn sein, der das Brot der Schwerindustrie ißt.

Der 18 März ohne Kundgebungen

Verbot des Polizeipräsidenten

Im Interesse der öffentlichen Sicherheit hat der stellvertretende Berliner Polizeipräsident Dr. Friedensburg die für Mittwoch, den 18. März, geplante öffentliche Kundgebung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold und die Betriebsrätedemonstration der kommunistischen Partei Deutschlands, die beide am Abend im Friedrichshain stattfinden sollten, verboten.

Die ewige Krise in Polen

Thugutt will zurücktreten

Warschau, 15. März. (W. T. B.)

Vizeministerpräsident Stanislaus Thugutt hat gestern in den späten Abendstunden sein Rücktrittsgesuch eingereicht. Ministerpräsident Grabski hat die Demission noch nicht bestätigt und sich zwei Tage Bedenkzeit vorbehalten. Thugutt, über die Gründe seines Rücktritts befragt, erklärte, er habe sich während seiner viermonatigen Amtsführung überzeugen können, daß trotz der formal hohen Stellung, die er einnehme, sein Wirkungskreis ein sein eingeengter sei. Er habe keinen unmittelbaren Einfluß auf die Entschließungen der Regierung nehmen können, wodurch es ihm u. a. unmöglich gemacht